

# Solidarität



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Er erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 7,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 39 • 36. Jahrgang

Berlin, den 27. September 1930

### Willkommen in der Internationale

Die nachstehenden Ausführungen haben den Kollegen J. Koelofs (Amsterdam) zum Verfasser, den Sekretär des Internationalen Bundes der Lithographen und Steindrucker. Er will, wie er selbst hervorhebt, ein paar Worte christlicher Kritik sagen anlässlich der Aufnahme unseres Verbandes in die Berufsinternationale der Steindrucker. Beide internationalen Berufssekretariate, die für unseren Verband in Betracht kommen, die der Buch- und Steindrucker, haben unseren Verband sehr aufgenommen. Kollege Koelofs entbietet uns dazu herzlichste Willkommensgrüße, die er auch im Bulletin des Internationalen Bundes der Lithographen und Steindrucker niedergelegt hat.

Schon mehrfach wurde auf unseren Kongressen über die Lage der in unseren Berufen tätigen Hilfsarbeiter gesprochen; zuletzt widmete auf dem Londoner Kongress Kollege W. Grünwaldt ihnen ein Referat. Das ist an und für sich nicht verwunderlich, zumal, wenn wir die Entwicklung der modernen Technik in Betracht ziehen. Ohnehin besteht die Tendenz, das Handwerk je länger, desto mehr durch den maschinellen Betrieb zu ersetzen, und häufig erfordert die Bedienung einer Maschine nicht so viel technisches Können des Arbeiters wie das alte Handwerk. Jeweils kleiner wird der Kreis der Anzahl Gesellen, die die eigentliche technische Facharbeit leisten, und vergrößert sich demgegenüber die Gruppe, deren Arbeitsleistung sich auf mehr untergeordnete Hilfsarbeit beschränken muß.

Bisher haben die graphischen Gewerbe zu dieser allgemeinen Regel eigentlich eine Ausnahme gebildet, jedenfalls bis zu einem gewissen Maße. Auch bei uns hat die Maschine den größten Teil der Produktion übernommen, aber merkwürdigerweise trat in den graphischen Gewerben der Umstand auf, daß fast jede neue Maschine nicht geringere — sondern höhere Anforderungen an die Tüchtigkeit der Ausbilder unseres Berufes stellte. Ich mache hier nur auf die Sechsmaschine im Buchdruckgewerbe und auf die Offsetmaschine in der Steindruckerei aufmerksam. Als Beispiel der jüngsten Zeit würden wir auf die neuen Kopiermaschinen hinweisen können, die den Überdruck ersetzen sollen, um genau dasselbe zum Ausdruck zu bringen. Ob dies im graphischen Gewerbe je derzeit so bleiben wird, muß natürlich noch abgewartet werden; aber bis zum heutigen Tage steht wohl fest, daß in unseren Kreisen die Einführung der maschinellen Produktion das allgemeine Niveau der Fachtätigkeit nicht gesenkt hat. Es werden im Gegenteil stets höhere Anforderungen gestellt.

Dennoch sind auch wir nicht ganz von der allgemeinen Tendenz verschont geblieben, und es arbeitet in den graphischen Gewerben eine immer größer werdende Gruppe Männer und Frauen, die auf die Berrichtung von Hilfsarbeit angewiesen ist. Sie entbehren die Vorteile einer regelmäßigen und gut geleiteten Lehrlingsbildung, weil ihre Arbeit nun einmal eine betrieblige Schulung nicht erfordert, und im reiferen Alter laufen sie Gefahr, dem Pauperismus anheimzufallen.

Dürfen wir dabei untätig zusehen?

Nein. Der gegenwärtige Produktionsprozeß erfordert die Arbeit von Hilfsarbeitern; ohne diese ist er fast undenkbar. Wenn dem so ist, dann ist auch die Forderung dieser Arbeiter gerechtfertigt, daß sie hinsichtlich ihrer sozialen Stellung auf jeden Fall so entlohnt und behandelt werden, wie sich mit den Erträgen der Industrie, in der sie arbeiten, in Übereinstimmung bringen läßt. Wenn ihnen selbst die Kraft dazu fehlt, weil nun einmal ihre Stellung als Gruppe durch den Mangel technischer Schulung nicht so stark ist wie die der fachlich-tätigen Arbeiter, die eine Lehrlingsbildung genossen haben, dann haben sie moralisch durchaus das Recht, an ihre Mitarbeiter in Fabrik und Werkstatt zu appellieren, und dann ist es unsere Pflicht, ihnen zu helfen. Es sind Arbeiter, die sich in genau derselben Position wie wir befinden, die für den Produktionsprozeß ebenso unentbehrlich wie wir sind (der einzige Unterschied

besteht darin, daß sie etwas leichter zu ersetzen sein würden); daher ist es unsere proletarische Pflicht, sie auf dem Fuß der Gleichheit zu betrachten und zu behandeln. Wenn irgend, dann würde hier ein Kainswort: „Bin ich meines Bruders Hüter?“ einen Fies auf die Arbeitergruppe werfen, die dies auszusprechen wagte und demgemäß handeln wollte.

Dazu kommt, zumal in unseren Gewerben mit ihrer vertraglich geregelten und begrenzten Lehrlingsausbildung noch die Erwägung, daß wir es selbst sind, die eine Anzahl von denen, welche später als Hilfsarbeiter das Brot verdienen müssen, gewissermaßen doch dazu gezwungen haben, weil für diese Menschen, als sie jung waren, keine Gelegenheit bestand, um regelrecht als Lehrling in das Fach aufgenommen zu werden. Auch aus diesem Grunde sind wir für das Los unserer Hilfsarbeiter moralisch mit verantwortlich.

Nun ist das nicht immer sehr einfach. Die Organisation der Facharbeiter ist schon schwierig genug gewesen, und es hat eine lange Zeit gedauert, bevor und bis sie für sich selbst eine erträgliche Position errungen hatten. Dazu kommt, daß das Organisieren der Hilfsarbeiter und das Arbeiten für deren Gruppe besonders schwierig ist, seine eigenen Anforderungen stellt und von den Leitern dieser Arbeit eine besondere Geschicklichkeit verlangt. Es ist also durchaus nicht verwunderlich, daß da, wo die Hilfsarbeiter ausschließlich auf die Facharbeiter angewiesen waren, ihre Posten im allgemeinen von einer rößigen Weite entfernt ist und daß erst in der letzten Zeit das Verständnis, daß mehr für sie getan werden muß, sich etwas stärker durchsetzt.

Das Sprichwort: „Gott hilft denen, die sich selbst helfen“, wird auch hier wieder bewahrheitet. In den Ländern, wo die Hilfsarbeiter ihr eigenes Schicksal in die Hand genommen haben, hat man die Berechtigung ihrer Forderungen anerkannt, ihre Position ist bedeutend besser als anderwärts. Dazu kommt noch als ein zweites, aber nicht außer acht zu lassender Umstand die Tatsache, daß man in einem einzigen Verbandsvereinigt war und für ein und dasselbe Ideal kämpfte und dadurch das ganze Niveau des Hilfsarbeiterkorps bedeutend hob. Man fühlte sich nicht als Pauper; man fühlte sich als Gleichberechtigter des Facharbeiters, war darauf stolz und stellte seine Lebenshaltung danach ein.

Mit Datierung vom 10. April 1930 erhielt unser Sekretariat vom „Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands“ ein Schreiben, worin gebeten wurde, diese Organisation, soweit es sich um ihre im lithographischen Gewerbe tätigen Mitglieder handelte, zu unserer Internationale als Mitglied zuzulassen.

Unsere Satzungen sehen vor, daß der Vollzugsausschuß über ein beantragtes Ansuchen entscheiden muß. Zu dem Zeitpunkt, wo uns der oben erwähnte Brief erreichte, stand das Datum der Tagung des Vollzugsausschusses noch nicht fest. In der Erwartung, daß der Vollzugsausschuß die nachsuchende Organisation ohne weiteres als Mitglied zulassen würde, traf der Unterzeichneter im Einvernehmen mit Kollegen einige wichtige Maßnahmen und nahm unter anderem Namen und Anschrift des Deutschen Hilfsarbeiterverbandes bereits in das Adressenverzeichnis auf. Als übrigens der Vollzugsausschuß am 17. Mai in Interlaken zusammentrat, fand sich niemand, der irgendwelche Bedenken erhob, sondern man war im Gegenteil außerordentlich erfreut darüber, daß es die Hilfsarbeitergruppe so weit gebracht hatte, daß sie mit den Verbänden der Facharbeiter in einer einzigen Internationale vereinigt war.

Mit Datierung vom darauffolgenden 27. Mai wurde dies dem in Betracht kommenden Verband mitgeteilt. Wir sprachen dabei den Wunsch aus, daß der Anführer des Hilfsarbeiterverbandes wechselseitig sowohl für den beteiligten Verband wie für unsere Internationale die segensreichsten Folgen haben möge.

Der Verband, dem wir hierdurch das Willkommen zurufen, ist einer, der sich sehen lassen kann. Die Ziffern

und Tatsachen aus dem Bericht zeigen, daß die Organisation, die wir in Interlaken zu unserer Internationale zuließen, dieser gern angehören darf. Leider kennen wir von den leitenden Personen des Verbandes nur seinen Vorsitzenden, den Kollegen Bucher, den wir auf dem Stockholmer Kongreß des IGB. antraten. Bei den Besprechungen, die wir über die Arbeit seines Verbandes dort mit ihm hatten, fiel uns auf, wie Kollege Bucher jeweils darauf bedacht ist, das moralische Bewußtsein seiner Scharen zu erhöhen. Unserer Auffassung nach ist das der richtige Gesichtspunkt; erst wenn das Minderwertigkeitsgefühl bei der großen Mehrheit der Hilfsarbeiter überwunden ist, läßt sich für die Gruppe als solche etwas durchsetzen.

Kameraden! Wir haben Sie freudig aufgenommen und rufen Ihnen von Herzen ein Willkommen zu. Wir hoffen, daß es uns bescheiden sein möge, noch lange Jahre Schulter an Schulter gemeinschaftlich den Kampf zur Befreiung des arbeitenden Standes zu führen. Dabei aber kann der Facharbeiter den Hilfsarbeiter ebenso wenig entbehren, wie der Hilfsarbeiter ohne den Facharbeiter auskommen kann. Von diesem Gesichtspunkte aus wird sich bewahrheiten, was Sie schon schrieben, „daß Ihr Eintritt gegenseitig, sowohl für Ihren Verband wie für unsere Internationale, segensreiche Folgen haben soll“. Demgegenüber geben wir der Überzeugung Ausdruck, daß es von Herzen kam, was der Hilfsarbeiterverband uns zurückschrieb, nämlich daß er als Mitglied unserer Internationale in jeder Hinsicht seine Pflichten zu erfüllen wissen und stets bereit sein werde, sich für die Interessen der gesamten graphischen Arbeiterchaft einzusetzen.

Nochmals, von Herzen willkommen. J. Koelofs.

### Das Glend der Ausgesteuerten

Je länger die Wirtschaftskrise dauert, desto höher wird die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die aus der Arbeitslosenunterstützung auscheiden und entweder der Krisenunterstützung anheimfallen oder gänzlich ohne Unterstützung bleiben. Wie hoch die Zahl der Ausgesteuerten wächst, wird deutlich gemacht in dem Arbeitsmarktbericht des Landesamts Brandenburg vom 9. August. Wir bringen daraus nachstehende Feststellungen:

„Der Zugang an Unterstützungsbeziehern entfällt einzeln und allein auf die Krisenfürsorge, das heißt auf solche Arbeitslose, die noch kein Anrecht auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung erworben haben oder aus dieser ausgeschlossen sind. Den Umfang dieser Aussteuerungen, auch im Vergleich zum Vorjahr, zeigen folgende Zahlen:

Berichtszeit	Aussteuerungen 1929	1930	mehr in Proz.
vom 16. 4. bis 15. 5.	25 267	8951	182
vom 16. 5. bis 15. 6.	27 865	9998	179
vom 16. 6. bis 15. 7.	30 767	8123	279

Während also im Vorjahr in der Berichtszeit vom 16. Juni bis 15. Juli die Aussteuerungen bereits einen merklichen Rückgang aufwiesen, nehmen sie im laufenden Jahre unentwegt zu. Der Einwand, daß höhere Unterstützungsbeziehungen auch höhere Aussteuerungen bedingen, wird durch die letzte Zahlenreihe entkräftet. Einer Steigerung der HVE in der Au am 15. Juli 1930 um 96 Proz. steht eine solche um 279 Proz. der Aussteuerungen gegenüber. 5644 Aussteuerungen oder 18 Proz. nächst den ungelerneten Personen, zählten zur Berufsgruppe Metallindustrie, in welcher am 31. Juli 1930 87 505 verfügbare Arbeitslose gezählt wurden, gegen 36 599 am gleichen Tage des Vorjahres.“

Die vorstehenden Ausführungen des betreffenden Landesamtsamts sprechen eine deutliche Sprache. Ernsthaft muß alsbald erwogen werden, was aus den Ausgesteuerten werden soll. Die Berufsgruppe Metallindustrie bildet nicht nur in Brandenburg, sondern auch in anderen Gegenden des Reichs den Krisenherd der Arbeitslosigkeit. Die in einigen Teilen übersehene Eisen- und Metallindustrie wird ohne Strukturänderungen aus der diesmaligen Wirtschaftskrise nicht hervorgehen.

## Die politische Frontverschiebung und die Gewerkschaften

Der Ausgang der letzten Reichstagswahl ist durch zwei Tatsachen charakterisiert. Diese sind erstens die im Vergleich zu früheren Jahren sehr viel stärkere Wahlbeteiligung und zweitens eine vollkommene Umgruppierung der bürgerlichen Wählerfront. Um welchen Prozentjah die Wahlbeteiligung größer war als bei früheren Wahlen, ist noch nicht feststellbar, da die Zahl der am 14. September vorhandenen Wahlberechtigten noch nicht vorliegt. Aber absolut ist die Ziffer der Wähler sehr stark gestiegen, von 30,7 Millionen im Mai 1928 auf 34,9 Millionen am 14. September 1930. Das prägt sich auch in der Zahl der Reichstagsmandate aus, die sich von bisher 191 auf 375 erhöht hat. Nun ist zweifelsohne seit Mai 1928 die Zahl der wahlberechtigten Deutschen sehr stark gestiegen, aber man wird nicht fehlgehen, auch anzunehmen, daß diesmal prozentual sehr viel weniger Menschen der Wahlurne ferngeblieben sind, als es bei früheren Reichstagswahlen der Fall war. Die Tatsache ist an sich erfreulich, denn eine Wahlbeteiligung von 76,3 Proz. im Mai 1924, von 77,7 Proz. im Dezember 1924 und 74,6 Proz. im Mai 1928 ist nicht gerade ein Ruhmesblatt für den demokratischen Gedanken. Es mag hier, einer ausführlichen Würdigung des Wahlergebnisses vorgreifend, schon gesagt sein, daß die beiden sozialistischen Arbeiterparteien, die die großen Arbeitermassen als Wähler haben, von der erhöhten Wahlbeteiligung lange nicht in dem Maße profitiert haben wie die bürgerlichen Parteien. Das ist darauf zurückzuführen, daß sich stets die meisten Wahlkreise in bürgerlichen Wählerkreisen befunden haben, die diesmal von der politischen Adaption der Nationalsozialisten aufgeschreckt worden sind, und, da andere politische Tonarten ihnen bisher kaum zu Gehör gekommen sein dürften, diese auch für gut genug hielten, um ihr zu folgen. So ist leider auch die diesmalige erhöhte Wahlbeteiligung nicht zu einem Plus, sondern zu einem Minus für den Gedanken der politischen Selbstverwaltung geworden.

Und nun zur Umgruppierung der Wählerfront. Zuerst mag die gestiegene bürgerliche Kampfpolarität vom „Kampf gegen den Marxismus“ einmal ziffernmäßig beleuchtet werden. Hierüber sind aus folgender Aufstellung wichtige Schlussfolgerungen möglich. Es erhielten an Stimmen:

Wahltag	Sozialdemokraten	Kommunisten	Bürgerl. Parteien
4. Mai 1924 . . .	6,0	3,7	19,6
7. Dezember 1924	7,9	2,7	19,7
20. Mai 1928 . . .	9,2	3,3	18,3
14. Sept. 1930 . . .	8,6	4,6	21,8

Der Stimmrückgang der Sozialdemokratischen Partei ist im Verhältnis zu ihrer bisherigen Wählerzahl unbedeutend. Die 600 000 Wähler, die ihr diesmal untreu geworden sind, sind aber keinesfalls den bürgerlichen Parteien zugute gekommen, sondern sicherlich im Stimmzuwachs der Kommunisten, der rund 1,3 Millionen beträgt, enthalten. Es ist also der seitens des deutschen Bürgertums gegen den „Marxismus“ geführte Kampf ein voller Versager gewesen. Es wählten proletarisch-sozialistisch, also entweder Sozialdemokraten oder Kommunisten, im Mai 1924 33,1 Proz., im Dezember 1924 40,9 Proz., im Mai 1928 40,6 Proz. und am 14. September 1930 rund 38 Proz. der deutschen Wähler. Die leichte prozentmäßige Steigerung der bürgerlichen Wählerstimmen erklärt sich, wie eingangs des Artikels schon erwähnt worden ist, aus der stärkeren Wahlbeteiligung gerade dieser Kreise. Die Verschiebungen innerhalb der proletarisch-sozialistischen Front zeigen einen leichten Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen und einen etwas stärkeren Zuwachs der Kommunisten. Der Grund dieser Verschiebung liegt in der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Dem Gewerkschafter ist es nicht unbekannt, daß Teile der großen Massen gerade dann, wenn es ihnen am schlechtesten geht, leicht vom Wege der politischen Vernunft abirren und dort Rettung suchen, wo gegen das soziale Unrecht am lautesten protestiert wird, auch wenn es beim bloßen Protest sein Bewenden hat. Deshalb erwarten wir Gewerkschafter auch von einer verelendenen Arbeiterfront nicht die befreiende politische Tat, sondern wissen, daß diese um so eher und sicherer kommt, wenn der Arbeiterschaft auch Zeit und Geld zu anderen Dingen als zu nur mangelhafter Befriedigung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse bleibt. Die Umsätze der Linksverschiebung innerhalb der proletarischen Front sind uns kein Grund zu ernsthafter Besorgnis, denn daß bei einem drei Millionen zählenden Erwerbslosenheer nur 600 000 Wähler der Sozialdemokratischen Partei untreu geworden und dem lauten Protestrufen gefolgt sind, zeugt von soviel Disziplin und politischer Vernunft, wie sie das deutsche Bürgertum bisher nie aufgebracht hat und, wie es scheint, auch nie aufbringen wird.

Die Betrachtung des Verhältnisses der proletarisch-sozialistischen zur bürgerlichen Wählerfront hat jedoch

nur soziologischen, keinen realpolitischen Wert. Diesen zu ermeinen ist nur möglich an Hand der Mandatziffern der einzelnen parlamentarischen Parteien. Da sich die Kommunisten von positiver parlamentarischer Mitarbeit ausschließen und auch mit ihnen eine proletarische Mehrheit bisher nie vorhanden war, da aber andererseits das Funktionieren des parlamentarischen Systems im Interesse des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs der deutschen Arbeiterklasse liegt, ist eine zeitweise Beteiligung der Sozialdemokratie an den Regierungsgeschäften mit bürgerlichen Parteien zusammen zur Notwendigkeit geworden. Nun hat, abgesehen vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei, die bürgerliche, bisher koalitionsgeeignete Mitte im letzten Wahlkampf empfindliche Verluste erlitten. Künftig ist eine Regierung nur möglich entweder mit den Sozialdemokraten oder mit den Nationalsozialisten. Diese beiden Parteien haben jetzt bei jeder Regierungsbildung die Schlüsselstellung inne. Wir wissen, daß die Sozialdemokratische Partei, der am 14. September 8,6 Millionen Wähler das Vertrauen entgegengebracht haben und die trotz des Verlustes von zehn Mandaten noch immer die weitaus stärkste Partei im deutschen Reichstag ist, die ihr zu treuen Händen übergebene Machtbefugnis zum Besten der deutschen Arbeiterfront anwenden wird. Sollte aber die deutsche bürgerliche Mitte den Todfeinden von Demokratie und sozialem Volksrecht, den Nationalsozialisten, die Regierungsgeschäfte in die Hände spielen, dann werden wir nicht nur als politisch denkende und handelnde Menschen, dann werden wir, wenn man versucht, an den Grundfesten des Volksstaates zu rütteln, als Gewerkschafter auf den Plan zu treten haben. Wir Millionen freigeberisch organisierte Arbeiter sind im Staate und in der Gesellschaft ein so gewaltiger Machtfaktor, daß jeder Politiker, ob ihm persönlich die Demokratie oder die Diktatur lieber ist, mit uns zu rechnen hat. Und denen, die die Diktatur wollen, rufen wir zu: Wir Millionen Freigeberisch organisierte Arbeiter sind für die Demokratie. Sie ist unser politisches Lebenselement. Wer unsere Warnungen überhört, der fann unsere Macht, wenn es notwendig ist, sehr deutlich zu fühlen bekommen. Das mag einstweilen genügen.

## Die Stellung des Hilfsarbeiters im graphischen Gewerbe

Von einem Buchdrucker

Hilfsarbeiter, Hilfsarbeiterin — zwei Begriffe im Sprachgebrauch des graphischen Gewerbes, die oft ausgesprochen werden, aber wohl nur sehr selten bis ins letzte durchdacht worden sind. Es ist gut, wenn man diese Begriffe zunächst einmal sprachlich betrachtet, ehe man daran geht, die Stellung der Personen, die mit diesen Begriffen bezeichnet werden, zu untersuchen, das heißt festzustellen, in welchem Maße und nach welcher Richtung hin sie eine gewisse Bedeutung für das Gewerbe haben. Der Einfachheit wegen wird im folgenden zunächst nur immer vom Hilfsarbeiter die Rede sein; man möge darunter den weiblichen wie den männlichen Hilfsarbeiter verstehen. Der Hilfsarbeiter ist, sprachlich betrachtet, ein Arbeiter, der beim Arbeiten eines andern hilft. Das ist verhältnismäßig einfach zu erklären; es ist ganz eindeutig. Aber wie sieht es in der Praxis aus? Hilft der Hilfsarbeiter dem Drucker bei seiner Arbeit? Nein; er muß die Arbeiten verrichten, die der Drucker zu machen abseht. Es handelt sich um völlig selbständige Handlungen, die zwar auf Anweisung des Druckers erfolgen, aber dennoch Arbeiten für sich sind.

Gewiß, es kommt auch vor, daß Arbeiten vom Hilfsarbeiter vorgenommen werden, die wirklich „Hilfs“-Arbeiten für den Drucker sind. In früheren Jahren, und in manchen kleinen und mittleren Betrieben ist das auch heute noch der Fall, war die Stellung des Hilfsarbeiters weit ausgeprägter auf „Hilfe“ eingestellt. Daraus entsprang eben der Begriff: „Hilfs“arbeiter, der immer so einen kleinen faden Beigeschmack hatte; er wurde aber noch besonders um eine Nuance fader dadurch, daß alle Drucker Maschinenmeister waren; ja sogar die Druckerrüste lernten Maschinenmeister und sprachen es ihren Lehrgesellen getreulich nach: „Meine Angehörige! Meine Vogenfängerin!“ (Das soll heute noch vorkommen.)

Und nun betrachte man sich einmal diese „Hilfs“-arbeiten. Sind es nicht Verrichtungen, die völlig für sich gesehen, die mit der Arbeit des Druckers durchaus nichts zu tun haben? Daß auch die Drucker anlegen und Vogen fangen können, hat damit gar nichts zu tun; man hat ja früher auch sogar die Seigerleschlinge in manchen Druckereien zum Vogenfangen zeitweilig benutzt. Ähnlich liegen die Dinge beim Formen- und Walzenwaschen, beim Maschinenputzen, beim Papiertransport und was der Verrichtungen durch den „Hilfs“arbeiter mehr sind. Daß diese Verrichtungen leichter zu erlernen sind als die des Druckers, ändert an der Tatsache ihrer Eigenschaft als „Verrichtungen für sich“ gar nichts. Auch erscheint es belanglos, daß „Ungelernte“ diese Verrichtungen ausüben. Der Begriff „Hilfs“arbeiter wird sich

aus dem Sprachgebrauch des graphischen Gewerbes nicht austilgen lassen, aber man kann ihn des faden Beigeschmacks entkleiden, indem man der Tätigkeit des Hilfsarbeiters von allen Seiten die gleiche Achtung zollt, die jeder Arbeit des „Gelernten“ entgegengebracht wird. Das dient der Förderung des Ansehens der Arbeiter ebenso wie der Kollegialität, der auch diese Zeilen dienen sollen.

## Ein zeitgeschichtliches Dokument\*

Das neue Jahrbuch des ADGB ist ein zeitgeschichtliches Dokument, eben weil es nicht Geschichte im landläufigen Sinne des Wortes ist, sondern weil aus allen seinen Kapiteln der zielbewußte Wille einer großen Organisation spricht, die Klarheit gewinnen will über ihren Weg und über das Maß der eigenen Kraft wie über die Stärke ihrer Gegner, mit deren Widerstand sie bei ihren künftigen Aktionen zu rechnen hat. Und es gibt nahezu kein Gebiet des deutschen öffentlichen Lebens, auf dem die deutschen Gewerkschaften nicht erworbenen Besitz zu verteidigen oder Forderungen im Sinne ihrer Staatsauffassung geltend zu machen hätten. Das neue Jahrbuch des ADGB bestimmt den geschichtlichen Standort der Bewegung und mit ihm zugleich den Ausgangspunkt ihrer künftigen Politik. Jede Seite dieses Berichtes zeugt von der inneren Geschlossenheit ihrer Organisation und beweist, daß es in ihren Reihen kein Schwanken über die Richtung des Weges gibt, den sie zu gehen hat. Die politische Partei, mit der die deutschen Gewerkschaften nicht nur in diesem Wahlkampf, sondern in allen Phasen dieses in seiner Dauer noch nicht abzuschätzenden geschichtlichen Ringens fest verbündet sind, ist ebenso wie sie selbst von den trisphenhaften Erscheinungen, von denen die bürgerlichen Parteien und die ihnen nahestehenden wirtschaftlichen Organisationen erschüttert worden sind, völlig frei geblieben. Die innere Kraft, die diese gelassene Festigkeit der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie inmitten der schwankenden Anruhe der politischen Umwelt offenbart, berechtigt zu dem Glauben, daß die politischen Gefahren, von denen das Gefüge der deutschen Demokratie bedroht wird, an ihrem entschiedenen und zielbewußten Widerstand ebenso scheitern werden, wie die fast vergessenen Versuche von 1920 und 1923, auf dem Wege der Ubergewalt den Staat über den Haufen zu rennen, den sie geschaffen haben. Sie wissen, daß die Zahl der Gegner größer geworden ist, ihr Kampfwille nachhaltiger und die Front, die sie zu verteidigen haben, breiter. Aber auch ihre eigene Macht ist in diesem bewegten Jahrzehnt der Nachkriegszeit erstarkt, und wenn es auch gefährlich wäre, sich irgenwelchen Illusionen über die Dauer und die Schwere dieses Kampfes hinzugeben, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß der Kampf um den demokratischen Charakter des deutschen Volksstaates auf die Dauer nicht zugunsten der Parteien entschieden werden wird, die Deutschland dem Regiment einer christlich-konservativen Rechte oder dem deutschen Faschismus auszuliefern entschlossen sind, sondern daß dem Staatsgedanken der Arbeiterbewegung, dem Gedanken einer freien sozialen Demokratie deutscher Nation die Zukunft gehört.

## Eine Streikbrecher-Internationale

Kürzlich ging durch verschiedene Zeitungen eine Meldung über die bevorstehende Gründung einer neuen Internationale, welche die auf bürgerlicher Grundlage stehenden Verbände der Eisenbahnarbeiter und angestellten Skandinavians und Dilettanten zusammenschließen soll. Wie wir erfahren, sind tatsächlich berartige Bestrebungen vorhanden, und zwar ist der Vorschlag, eine bürgerliche Eisenbahner-Internationale zu gründen, von einer Eisenbahnerorganisation Lettlands ausgegangen. Der betreffende Verband zählt ungefähr 4000 höhere Beamte der Eisenbahn. Seine Tätigkeit wird durch die Tatsache charakterisiert, daß er während des Streiks der der lettischen Landeszentrale angeschlossenen Eisenbahnerorganisation um Lohnerhöhung die Rolle der Streikbrecher übernahm. Weiter ist bezeichnend, daß die reaktionäre Regierung Lettlands in diesem Jahre den Vorsitzenden vorgenannter Organisation als Arbeitnehmervertreter für die Arbeitskonferenz in Genf ernannte, wogegen seitens unserer lettischen Gewerkschaftszentrale stark protestiert wurde. Dieser sogenannte Vertreter der Arbeiterschaft war auch der einzige Arbeitnehmerdelegierte, der für das Mandat eines italienischen Faschisten stimmte.

Es scheint nicht ausgeschlossen, daß auf einen Wink der Regierung jetzt nach einem internationalen Anschluß gestrebt wird, um sich für die nächsten internationalen Arbeitskonferenzen Stärkung zu verschaffen. Eins steht fest: daß es sich hierbei um ausgesprochen reaktionäre Bestrebungen handelt, mit dem Zweck, der freigeberisch organisierten Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen.

\* Jahrbuch 1929 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 307 Seiten in Reichsdeutscher Ausgabe, Organisationspreis 7 M. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin E. 11.



